

Newsticker > Türkische Gemeinde: 25 Millionen Menschen im Koalitionsvertrag ausgeschlossen

Türkische Gemeinde: 25 Millionen Menschen im Koalitionsvertrag ausgeschlossen

10. April 2025 • 11:08 Uhr



Straße in Berlin

© AFP



Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) sieht Menschen mit Migrationshintergrund in dem von Union und SPD vereinbarten Koalitionsvertrag nicht ausreichend berücksichtigt. Zwar stehe in dem Vertrag, dass Deutschland ein "einwanderungsfreundliches Land bleiben" wolle - Menschen mit Einwanderungsgeschichte kämen aber "als Subjekte mit eigenen Interessen nicht vor", erklärte TGD-Chef Gökay Sofuoglu am Donnerstag.

Das liege daran, dass unter den 19 Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern, die den Vertrag verhandelt hätten, "leider kein einziger" gewesen sei, der aus persönlicher Erfahrung wisse, worauf es beim Thema Einwanderungsfreundlichkeit ankomme. Um Menschen mit Migrationsgeschichte gehe es im Koalitionsvertrag nur im Zusammenhang mit der Gewinnung von Soldaten, und der Islam komme "ausschließlich in negativen Kontexten vor", fuhr Sofuoglu fort. "Das grenzt an Realitätsverweigerung."

Ihm fehle außerdem ein sicherheitspolitisches Konzept gegen Rechtsextremismus, "das uns allen das Gefühl vermittelt, wir können in Deutschland eine sichere Zukunft planen", erklärte der Vorsitzende der TGD weiter. Er lobte zudem das Bekenntnis zum Schutz jüdischer Menschen in Deutschland. "Angesichts der explodierenden Zahlen im Bereich der rassistischen Übergriffe hätte ich mir gewünscht, dass auch Schwarze Menschen, Muslime und Sinti und Roma eine vergleichbare Berücksichtigung im Text erfahren."

In Deutschland haben rund 24,9 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Damit haben knapp 30 Prozent der Bevölkerung eine eigene oder eine über mindestens einen Elternteil mitgebrachte Zuwanderungsgeschichte.

Der Verband forderte daher, dass das künftige Kabinett das auch abbildet. "Der Anspruch wäre: 30 Prozent Menschen mit Migrationsgeschichte", forderte die TGD.

Ähnlich äußerte sich die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO). Einer von vier Kabinettposten müsse von einem Minister oder einer Ministerin mit Migrationsgeschichte besetzt werden. "Politik darf nicht über unsere Köpfe hinweg

geschehen", mahnte der BKMO-Vorsitzende Mamad Mohamad. Repräsentanz sei "kein Luxus, sondern Voraussetzung für Vertrauen in die Demokratie".

| AFP

Koalitionsvertrag

Deutschland

Türkische Gemeinde in Deutschland

SPD

Migrationshintergrund

Gökay Sofuoğlu

Chef